

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Poßschloß Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 20, durch unsern Verleger zu tragen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 60, halbjährlich 110, jährlich 200, auf dem Lande 250, unter Nachnahme und Geschäftsabnahme werden jedw. Zahlungen entgegen. Im Falle späterer Bewilligung, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises.



Interessante Preise: III. für die 6-großen Kreppzettel oder deren Raum, Resten, die 2 halben Kreppzettel III. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-großen Kreppzettel III. Nachweisungs-Gebühr 20 Pf. Anzeigenannahme bis vormitags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben übernimmt die keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ruchlosigk. gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 295

Sonntag den 18. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutsche Regierung hat bei der Reparationskommission einen Ausschub der am 15. Januar fälligen Zahlungen beantragt.
- * Der Reichskanzler hielt im Hauptauschuß des Reichstages eine große Rede über die politische Lage.
- * Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft laßt den Beschluß, alle Maßnahmen zur Hebung der Produktion und zur Ernährungsverbesserung des deutschen Volkes zu tun.
- * Im Steueranschuß des Reichstages kam ein Kompromiß über die Einkommensteuer zustande, nach dem bis 50 000 Mark 10 Prozent gezahlt werden sollen.
- * Im Rapp-Buschprozeß beantragte der Oberreichsanwalt gegen v. Jagow 7 Jahre, gegen v. Wangenheim und Schiele je 6 Jahre Festungshaft.

Deutschland zahlungsunfähig!

Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission eine Note gerichtet, in der sie beantragt, für die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Zahlungen einen Ausschub zu gewähren.

Was seit Monaten kommen mußte, ist nun eingetreten. Die Politik der Erfüllung, die unsere Regierung nach dem Londoner Ultimatum unter Aufbietung allen guten Willens und aller Kräfte versucht hat, ist am Widerstande und an der Unvernunft der Entente zerbrochen. Die zahlreichen innerpolitischen Streitfragen, die sich an das Erfüllungsprogramm des Reichskanzlers Wirth angeknüpft haben, kann man im gegenwärtigen kritischen Augenblick wirklich vollkommen beiseite lassen, denn ganz gleich, ob man die Durchführung der im Londoner Ultimatum von uns verlangten Leistungen überhaupt für möglich oder für unmöglich hielt, darüber waren sich alle einig, daß diese Erfüllung zum mindesten von einem verständnisvollen und gutwilligen Entgegenkommen der Entente abhängig war. Die Loslösung eines Teiles von Oberschlesien ist, nachdem Lloyd George seinerzeit davon gesprochen hatte, der deutschen Regierung gegenüber „fair play“ in der Reparationsfrage zu spielen, die erste schwere Enttäuschung gewesen, die bereits den gesamten Anlauf der Erfüllungspolitik fast zu einer Unmöglichkeit machte. Daß man ihn dennoch aufrecht erhielt, beruhte ausschließlich auf der Hoffnung, daß nunmehr auf anderem Wege, in Gestalt eines Zahlungsausschubes oder einer langfristigen großen Anleihe die Möglichkeit gegeben würde, auch auf der so stark geschwächten Wirtschaftsbasis die Millionen Goldmark auszubringen, die alle Vierteljahre von uns verlangt werden.

Wochenlang sind die Verhandlungen in amtlicher und privater Form geführt worden. Rathenau und Sines haben in England mit den dortigen Finanzgrößen verhandelt, und als amtlicher Vertreter der deutschen Regierung ist der Reichsbaupräsident Haventhein an die Bank von England herangetreten, um einen Kredit für die nächsten 500 Millionen Goldmark, die in vier Wochen fällig sind, zu erlangen. Es ist ihm jetzt erwidert worden, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, welche seinerzeit für die deutschen Zahlungsverpflichtungen während der nächsten Jahre maßgebend sind, in England ein solcher Kredit weder als langfristige Anleihe noch als kurzfristiger Bankkredit zu haben ist. Die deutsche Regierung hat sich daraufhin genötigt gesehen, der Reparationskommission den kurzen und klaren Antrag zu unterbreiten, daß ihr für den 15. Januar und den 15. Februar ein teilweiser Zahlungsausschub gewährt wird, denn nunmehr kann sie nicht mehr damit rechnen, die fälligen Beträge in voller Höhe bis zum vorgeschriebenen Termin zu beschaffen. Bei äußerster Anstrengung würden höchstens 150 bis 200 Millionen anstatt der verlangten 500 Millionen Goldmark zu beschaffen sein. Den Rest müssen wir vorläufig schuldig bleiben.

Dieser deutsche Antrag bedeutet einen einschneidenden Wendepunkt in der Entwicklung der Reparationsfrage. Es kann im Augenblick natürlich keinerlei Gewißheit darüber beschafft werden, wie die Entente auf diesen Antrag antworten wird. Das hängt in erster Linie von den bevorstehenden Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand ab. Man muß vorläufig auf alle Möglichkeiten gefaßt sein. Eine gewisse Hoffnung, daß nunmehr von der Gegenseite eingeleitet wird, könnte man höchstens aus dem Druck des Ultimatums ausgeht sind, die Ablehnung eines Kredites durch die englische Staatsbankrott ausdrücklich damit begründet wurde, daß „unter den gegenwärtigen Bedingungen“ d. h. also, solange wir dem Druck des Ultimatums ausgesetzt sind, Deutschland überhaupt kein kreditfähiges Land ist. Damit läßt eine sehr zuständige Stelle in England selbst die schärfste Kritik am Londoner Ultimatum, und da es nun schließlich nicht mehr geleugnet werden kann, daß der Mein Deutschland ohne eine Revision des Londoner Ultimatums bevorsteht, und daß andererseits dieser Ruin gleichzeitig die schwersten Schädigungen für Gesamt-Europa nach sich ziehen muß, so kann man vielleicht annehmen, daß durch den aufsehenerregenden Schritt der deutschen Regierung der Stein ins Rollen gebracht wird und daß daraufhin das gesamte Reparationsproblem auf neue Grundlagen gestellt wird.

Es fragt sich nur, was für Grundlagen das sein werden.

den. Bereits treffen aus Paris Meldungen ein, daß man in der Reparationskommission die Absicht habe, nicht etwa unsere Zahlungen zu erleichtern, wohl aber uns eine scharfe Kontrolle in die Regierung und insbesondere in die Finanzverwaltung hineinzusetzen, die dann ihrerseits mit anderen Mitteln versuchen soll, die Beträge aus unserer Wirtschaft herauszupressen, die die deutsche Regierung unter schärferer Aufsichtung aller wirtschaftlichen Quellen auch beim besten Willen nicht erzielen konnte. Einem solchen Verlangen könnte natürlich die deutsche Zustimmung niemals gegeben werden, und es ist daher notwendig, daß von unserer politischen Leitung nach außen hin mit aller Deutlichkeit bekundet wird, daß solche gewaltsamen Eingriffe in unseren empfindlichen Wirtschaftsorganismus keine Förderung, sondern zweifellos nur eine weitere Zerrüttung unserer Finanzen nach sich ziehen müßte.

Gleichzeitig aber ist es ebenso notwendig, daß innerhalb der politischen Parteien mit größter Beschleunigung alle Anstrengungen gemacht werden, um zu versuchen, selbst noch in letzter Stunde die Fehler zu beseitigen, die bisher bei der Ausschöpfung unserer finanziellen Leistungsfähigkeit vielfach gemacht worden sind, und daneben denjenigen festen inneren Zusammenschluß herbeizuführen, welcher notwendig ist, um gegenüber eventuellen gegenwärtigen Gewaltmaßnahmen die einseitige Front zu schaffen, die allein einige Aussicht auf erfolgreiche Abwehr geben kann.

Was die Berliner Blätter sagen.

Bei der Stellungnahme der Berliner Presse zu der neuen deutschen Note tritt neben die Erörterung der künftigen außenpolitischen Möglichkeiten die Kritik an der Haltung der deutschen Regierung. In der rechtsgerichteten Presse wird überwiegend die Meinung vertreten, daß das jetzt eingetretene Ereignis längst vorausgesehen war, und daß man nur mit schweren Beschränkungen der Zukunft entgegensehen könne. Im Gegensatz dazu glaubt die linksgerichtete Presse, daß immerhin einiger Grund zu der Hoffnung bestehe, die Entente werde nunmehr den von uns seit langer Zeit geltend gemachten Vernunftsgründen zugänglich sein.

Die Deutsche Tageszeitung äußert die Ansicht, daß die Entente von der vernichtenden Wirkung der Londoner Bedingungen dadurch verzögert worden sei, daß Herr Wirth und Herr Rathenau von ihrer Erschließbarkeit gesprochen haben und ihre Unmöglichkeit bestritten hätten. Das Volk wartet energisch vor irgendwelchem Optimismus. — Das volksparteiliche Parteiorgan Die Zeit spricht von einem Bankrott der Wirtsch. Erfüllungspolitik und stellt fest, daß sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch schwere Entscheidungen bevorstehen, die noch vollkommen im Dunkeln liegen. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung weist nachdrücklich darauf hin, daß uns unter den jetzigen Umständen mit einem Moratorium überhaupt nicht mehr gedient ist, sondern daß nunmehr eine dauernde Lösung der ganzen Frage gefunden werden muß.

Die Politische Zeitung stellt gegenüber den erwähnten pessimistischen Äußerungen fest, daß immerhin ein großer Fortschritt darin zu erblicken sei, daß man jetzt eine solche bittere Wahrheit, wie sie in der deutschen Note enthalten ist, sagen kann, ohne die Hoffnung auf eine sachliche Prüfung durch die Gegenseite von vornherein aufgeben zu müssen. Den Grund dieses Fortschrittes findet das Blatt in dem Vertrauen, welches der Kanzler bei der Entente genießt. Trotzdem warnen auch die Politische Zeitung vor übertriebenen Erwartungen, denn die Bedingungen eines eventuellen Zahlungsausschubes würden zweifellos äußerst schwer sein. — Der Vorwärts rechnet mit der Möglichkeit, daß die Entente zu neuen Zwangsmassnahmen greift, und er meint, wenn Deutschland dann einen letzten verzweifelten Versuch unternehmen würde, dennoch zu zahlen, dann würde ein solcher Versuch nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt ruhmlos sein. Die Not werde aber schließlich alle Beteiligten zu einem vernünftigen Einvernehmen zwingen. — Die Freiheit fordert in erster Linie von der Regierung, das äußerste zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in den Staatsfinanzen zu tun und vor allem die kapitalistischen Kreise zur vollen Erfüllung ihrer Steuerpflichten zu zwingen.

Der Kanzler zur neuen Lage.

Eine Programmrede im Reichstagsauschuß.

Die grundlegend veränderte Situation, die durch die deutsche Note mit dem Antrag auf Zahlungsausschub herbeigeführt worden ist, wurde vom Reichskanzler in einer großen Rede im Hauptauschuß des Reichstages in ihren Einzelheiten erläutert, wobei Dr. Wirth die Aussichten prüfte, die sich jetzt eröffnen und die Aufgaben feststellte, die es jetzt für uns selbst in erster Linie zu erfüllen gilt. Er wies bei einem Rückblick auf unsere bisherigen Zahlungsbemühungen darauf hin, daß wir schon die erste Goldmilliarde nur mit Hilfe eines von Neutralen gegebenen Kredites begleichen konnten und daß die neuen Zahlungen im Januar und Februar

ohne Kredite ebenfalls ganz unmöglich

sind. Auch die Mahnungen der Reparationskommission, daß wir alles tun sollten, um die Januarzahlungen zu ermöglichen, sind in diesem Sinne beantwortet worden. Als die Reparationskommission in Berlin war, hat der Kanzler selbst wiederholt die aufmunternde Aufforderung bekommen, daß Kredite in der Welt wohl zu erhalten seien. Dementsprechend haben wir unsere Schritte nach London gelenkt und versucht, wegen langfristiger und kurzfristiger Kredite Fühlung zu nehmen. Die Antwort, die wir erhielten, ist bekannt. Aus der Begründung der

englischen Absage auf unser Kreditersuchen geht klar hervor, daß es nur dann einen Sinn hat, Deutschland einen Kredit zu geben, wenn gleichzeitig eine Prüfung unserer Zahlungsverpflichtungen vorgenommen wird. Die Sinnlosigkeit der Kreditgewährung unter den bisherigen Zahlungsbedingungen ist von der Gegenseite selbst zum Ausdruck gebracht worden.

Aus der Tatsache aber, daß die Erkenntnis von der wirtschaftlichen Unmöglichkeit des Londoner Ultimatums in der Welt draußen weitere Kreise zieht, dürfen wir, so fuhr der Kanzler fort, keineswegs eine Ursache zum Optimismus ableiten, und wenn wir auch die Antwort der Entente auf unsere Anfrage abwarten müssen, so müssen wir doch selbst gleichzeitig eine außerordentlich gesteigerte innerpolitische Tätigkeit entfalten, um für die neue Weltlage, die sich jetzt vielleicht entbahnt, vorbereitet zu sein. Wer jetzt ernsthaft Außenpolitik treiben will, muß mitbestimmen, daß unsere Staatsmacht schnell verabschiedet und der Haushalt der Post und Bahn ausgeglichen werden. Bei unseren Segnern prüft man unseren Haushalt natürlich genau nach, und man glaubt drüber, daß wir die Milliarden, die wir für Post, Bahn und Nahrungsmittel zuschießen, unseren Gläubigern entziehen. Es wird daher nicht mehr angehen, im nächsten Jahre nach dieser Richtung das deutsche Volk drücken in der Welt als eine Gefahr für die Wirtschaft anderer Völker erscheinen zu lassen.

Die Politik der Zuschüsse

muß daher aufgegeben werden, obwohl das natürlich nicht von heute auf morgen durchzuführen ist. Nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland herrscht vielfach eine Art Scheinblüte der Wirtschaft. Das zeigt sich in England und Amerika besonders in der Arbeitslosigkeit. Diese Fragen dürfen nicht getrennt voneinander behandelt werden, und es ist nicht möglich, die Welt und insbesondere die europäische Wirtschaft zu sanieren, wenn der ganze Osten Europas in sich zusammengebrochen bleibt. Der Schwerpunkt der ersten parlamentarischen Arbeit, die wir als Voraussetzung einer ernsthaften internationalen Erörterung des Zahlungsproblems brauchen, liegt in der Steuerherabsetzung.

Ein Kompromiß in der Steuerfrage

ist nötig und muß schleunigst gefunden werden. Wenn wir nicht in der Lage sind, die steuerlichen Pläne zum Abschluß zu bringen, so ist nicht nur diese Politik, die wir begonnen haben, gescheitert, dann ist überhaupt die deutsche Politik gescheitert, weil wir in der Welt nicht weiterkommen, wenn wir nicht ernstlich den Willen kundgetan haben, steuerlich das zu leisten, was nach einem so verlorenen Kriege unbedingt notwendig ist.

Neubildung der Reichsregierung?

(Von unserem händigen Mitarbeiter.)

Berlin, 16. Dezember.

Der Reichskanzler hat am Schluß seiner großen Rede im Hauptauschuß die Parteien gebeten, ihm bei der bevorstehenden unbedingt notwendigen politischen Entscheidung für die Führung der deutschen Gesamtpolitik zu unterstützen. Dieser Ausspruch ist nicht mehr und nicht weniger als die Ankündigung einer Regierungsumbildung. Von der Zukunft zwischen Briand und Lloyd George, die am Montag stattfindet, hängt die Entscheidung darüber ab, ob uns der beantragte Zahlungsausschub gewährt wird oder nicht. In beiden Fällen sehen wir vor einer Situation, die die äußerste Zusammenfassung aller politischen und vor allem wirtschaftlichen Kräfte erfordert, um im ä u ß e r s t e n Falle die von der Gegenseite zu erwartenden Garantieforderungen zu erfüllen, und im u n g ü n s t i g e n Falle die geschlossene nationale Abwehrfront gegen neue Gewalttaten herzustellen.

Besonders England legt den größten Wert darauf, daß Deutschland wieder ein landwirtschaftliches gesundes Land wird, und es steht die Einbeziehung der großen Wirtschaftszweige einig, bzw. ihrer politischen Vereinerung, in die Reichsregierung als Vorbedingung dafür an. Man ist sich daher im Parlament, wo wieder einmal das geschäftige Treiben und die Hochspannungssituation sogenannter Krisentage herrscht, vollkommen darüber klar, daß jetzt der gebogene Augenblick kommt, um die so lange vergeblich angestrebte „g r o ß e K o a l i t i o n“ zu verwirklichen.

Das Bezeichnende ist diesmal, daß diese Frage im Unterschied zu früheren Fällen ganz unter a u ß e n p o l i t i s c h e n Gesichtspunkten behandelt wird. Deshalb treten auch die Personenfragen zunächst in den Hintergrund. Man hält es jedoch jetzt schon, gerade wegen der außenpolitischen Wirkung, für sehr wahrscheinlich, daß der jetzige Reichskanzler auch in der neuen Regierung — ob sie noch vor Weihnachten kommt, wird stark bezweifelt — die führende Rolle innehaben wird. Man soll nicht prophezeien, aber auch wenn man sich auf eine Beurteilung der augenblicklichen Auffassung und Stimmung im Reichstage beschränkt, so muß man feststellen, daß selten eine so weitgehende Übereinstimmung in der Frage geherrscht hat, was jetzt dem Reiche not tut.

Veto.